



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



Hans Peter Doskozil mit 98,4 Prozent zum neuen Landesparteivorsitzenden der SPÖ Burgenland gewählt s. 6,7

Kinderbetreuung – GVV-Forderung erfüllt: neue 15a-Vereinbarung bringt 142 Mio. Euro für den Betreuungsausbau S. 3

Gemeindemanagement im Wandel: Amtfrauen und -männer tagten in Andau, Anforderungen steigen stetig S. 8

Reizthema DSGVO: die „Neue Gemeinde“ bat den Datenschutzbeauftragten Dr. Peter Rezar zum Gespräch S. 10

Klartext!**Ganz oben steht das Burgenland (mit seinen Gemeinden)!**

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

**Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen! Sehr geehrte Damen und Herren!**

Bei dem fulminanten Landesparteitag am 8. September in Oberwart haben wir burgenländische Sozialdemokraten eine professionelle Staffelübergabe unserer Landesvorsitzenden mitgetragen. Mit Hans Niessl hat unser erfolgreicher Langzeitparteiorganisator die Spitzenverantwortung in die jüngeren Hände von Hans Peter Doskozil gelegt.

Der ehemalige Bürgermeister Hans Niessl hatte und hat als Landeshauptmann immer ein offenes Ohr für die Kommunalpolitik und ihre GemeindevertreterInnen. In diesen vergangenen 18 Jahren haben unsere Dörfer eine erfolgreiche Entwicklung genommen und die Summe unserer 171 Gemeinden ergibt heute das Neue Burgenland. Ein modernes, zukunftsfähiges Land, das zu einem großen Teil mit dem Miteinander der Gemeindevertreter und der sozialdemokratisch geführten Landesregierung gewachsen ist. Wir haben gemeinsam und mit der Einsatzbereitschaft der BurgenländerInnen in unseren Gemeinden viel Rückstand gegenüber anderen Gemeinden in westlichen Bundesländern aufholen können. Dafür habe ich auch Hans Niessl im Namen unserer 1461 Gemeindefunktionäre Dank und Anerkennung ausgesprochen und dafür danke ich auch allen GemeindevertreterInnen besonders herzlich.

Ich bin überzeugt, dass Hans Peter Doskozil diesen pragmatischen burgenländischen Weg fortsetzen wird und ich weiß auch aus persönlicher Erfahrung, dass unserem neuen Landesvorsitzenden der Zusammenhalt besonders wichtig ist. Deshalb können wir GemeindevertreterInnen auch stolz auf den gelungenen Generationswechsel sein und können uns auf eine gute Zusammenarbeit mit dem designierten Landeshauptmann Hans Peter Doskozil freuen.

Zusammenarbeit und Zusammenhalt, das ist das Um und Auf in der Politik im Allgemeinen und mit Sicherheit gilt das auch für die Kommunalpolitik im Besonderen. Unser neuer burgenländischer Parteichef ist somit auch prompt unserer Einladung zur GVV Vorstandssitzung am 24. September gefolgt und wir GemeindevertreterInnen konnten persönlich viele Themen mit dem designierten Landeschef besprechen, die uns besonders wichtig sind.

In diesem Sinn freue ich mich auf eine gemeinsame gute Zukunftsgestaltung unserer Gemeinden und wünsche uns allen viel Erfolg.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

GVV Landesvorstandssitzung mit Finanzlandesrat Hans Peter Doskozil

Hohen Besuch gab es bei der dritten regulären Landesvorstandssitzung des GVV Burgenland Ende September in Eisenstadt. Der neu gewählte SPÖ Burgenland Parteivorsitzende und zukünftige Landeshauptmann Hans Peter Doskozil war Gast bei den SPÖ Gemeindevertretern.

Im Rahmen des seit 2014 laufenden Prozesses „Kommunale Bedarfserhebung“ hatten die Vorstandsmitglieder des GVV die Möglichkeit, direkt und unkompliziert ihre Anliegen, Wünsche und Bedürfnisse aus den Kommunen und der Kommunalpolitik

anzusprechen, zu diskutieren und gemeinsam mit Finanzlandesrat Doskozil Lösungsideen zu skizzieren. Themen waren unter anderem die Raumordnung, das Baurecht neu, das neue Feuerwehrgesetz, Verbesserungen bei Auskünften an die Bürgermeister seitens des Landes sowie die VRV. Hans Peter Doskozil sprach sich dafür aus, dass sich die Gemeindevertreter auch weiterhin aktiv in Gesetzwerdungsprozesse einbringen und versprach, dass hinkünftig, soweit dies möglich ist, immer Vertreter der SPÖ Landesregierung im Rahmen der „Kommunalen Bedarfserhebung“ in die GVV Vor-



GVV Burgenland Präsident Erich Trummer gratulierte dem neuen SPÖ Landesparteivorsitzenden Hans Peter Doskozil zu dessen Wahl

standssitzungen kommen werden. GVV Präsident Trummer freute sich über den hohen Besuch und sprach von einer sehr guten Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Land, der schon unter LH Hans Niessl begann und unter Hans Peter Doskozil fortgesetzt werden soll.

Kinderbetreuung: Neue 15a-Vereinbarung bringt 142 Millionen Euro für Ausbau

Die Proteste und Verhandlungen, auch von Städte- und Gemeindevertretern, der letzten Wochen bringen nun mehr finanzielle Mittel und mehr Planungssicherheit für die Gemeinden und Städte!

Ende August wurde die neue 15a-Vereinbarung des Bundes mit den Ländern zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuung präsentiert. Konkret sollen in den kommenden vier Jahren jährlich 142,5 Millionen Euro seitens des Bundes für den Ausbau und die Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes sowie für das verpflichtende Gratis-Kindergartenjahr zur Verfügung stehen, wobei die Länder künftig 38 Millionen Euro pro Jahr (rund zehn Millionen mehr als bisher) für den Ausbau der Kinderbetreuung, der sprachlichen Frühförderung und für das verpflichtende letzte Kindergartenjahr zahlen sollen. Außerdem soll es statt drei in Zukunft nur noch eine, all dies einschließende, 15a-Vereinbarung von Bund und Ländern geben. Der Fokus liegt auf mehr Sprachförderung, dem Ausbau des Angebots für Unter-Dreijährige und der Erweiterung der Öffnungszeiten. Ziel sind demnach mindestens 45 Wochenstunden Öffnung und 47 geöffnete Wochen pro Jahr. Jedes Jahr soll zumindest ein zusätzliches Prozent der Kindergärten dies erfüllen, über die vier Jahre Laufzeit gesehen insgesamt sechs Prozent. Von den Geldern fließen jährlich 70 Millio-

nen Euro in den Gratiskindergarten, knapp 30 Millionen Euro in die Sprachförderung. Der Rest verteilt sich auf die anderen Maßnahmen. Auch das viel diskutierte Kopftuchverbot wird kommen, und der Bund soll künftig über einen Wertekatalog Vorgaben machen, die die Länder umsetzen müssen. Damit gibt es jetzt sogar mehr Mittel, als ursprünglich geplant. Den vielen Protesten und guten und geschickten Verhandlungen ist es zu verdanken, dass die Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren mehr Geld für die Ausweitung des Kinderbetreuungsangebotes bekommen. Ursprünglich wollte die neue Bundesregierung nur Mittel von jährlich rund 110 Millionen für diesen Bereich ausschütten. Gelungen ist es außerdem, dass den Gemeinden die Kosten durch das Gratis-Kindergartenjahr in Höhe von 70 Millionen Euro weiterhin ersetzt werden.

„Kinderbetreuung und die ausreichende Finanzierung derselben ist ein Kernanliegen der Gemeinden. Die geplanten Kürzungen wären ein Anschlag auf den ländlichen Raum gewesen, da der Ausbau bei den Unter-Dreijährigen nämlich auch insgesamt ein wichtiger Standortfaktor für die Gemeinden ist. Ich bin froh, dass dieses Szenario abgewendet wurde. Außerdem haben wir nun eine gewisse Planungssicherheit und ersparen uns die lähmenden jährlichen Debatten“, so GVV Präsident Erich Trummer.

Starke Lohnsteuer: Ertragsanteile im Plus

Nach den schwachen Juli-Vorschüssen sorgen die Lohnsteuer und die Grunderwerbsteuer für solide Zuwächse bei den August-Vorschüssen der Ertragsanteile. Der Wermutstropfen: Im Bundesländervergleich profitieren die burgenländischen Gemeinden am geringsten von diesem Plus. Während sich Vorarlberg über einen Zuwachs von 8% freuen kann, wird hierzulande mit +2,3 Prozent derzeit das geringste Wachstum bei den Vorschüssen verzeichnet. Der Grund ist hier vor allem die monats- und länderweise sehr unterschiedliche Entwicklung des örtlichen Aufkommens an Grunderwerbsteuer, die diesmal in Vorarlberg am stärksten zugelegt hat und im Burgenland als einziges Bundesland im Vergleich zu 2017 leicht rückläufig ausfiel. Im Bundesschnitt legen die Vorschüsse auf die Ertragsanteile der Gemeinden ohne Wien im August gegen über dem Vergleichsmonat des Vorjahres um plus 5,9 Prozent zu (Wien +4,9 Prozent).

QR Code GVV





GVV Burgenland Geschäftsführer Mag. Herbert Marhold beim Empfang



Organisator des Empfangs: der Neudorfler Gemeinderat Martin Giefing



GVV Burgenland Vizepräsidentin Bgm. Renate Habetler



GVV Burgenland Präsidentin Bgm. Erich Trummer im Gespräch SPÖ Fraktionsführer Rupert Dworak

GVV Österreich Empfang beim Gemeindetag in Dornbirn!

Im Rahmen des 65. Österreichischen Gemeindetages in Dornbirn in Vorarlberg, der Ende September stattfand, gab es auch einen Empfang des GVV Österreich. Im GVV Österreich sind alle SPÖ GVV's österreichweit zusammengefasst.

Hier werden gemeinsam mit der SPÖ Fraktion im Österreichischen Gemeindebund die kommunalen Positionen der SPÖ formuliert und umfangreich diskutiert. Auch der Österreichische Städtebund ist im GVV Österreich vertreten. In Dornbirn wurde in der anschließenden Arbeitssitzung vor allem das neue Statut und die Resolution des Gemeindebundes diskutiert und vorbereitet sowie die Abstimmung

zwischen der SPÖ Fraktion im Gemeindebund und den Mitgliedern im GVV Österreich gestärkt und verbessert. Für den GVV Burgenland waren Präsident Erich Trummer, Vizepräsidentin Renate Habetler sowie Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold in Vorarlberg vertreten. Organisiert wurde der GVV Österreich Empfang von Martin Giefing, Gemeinderat aus Neudorf, der in der Bundes-SPÖ für den GVV Österreich zuständig ist.

Kernthema des diesjährigen Gemeindetages war der Breitbandausbau: In Zukunft sollen alle Gemeinden Österreichs mit einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur ausgestattet sein.



Oben und links: GVV Burgenland Präsident Erich Trummer im Kreis burgenländischer SPÖ BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen beim 65. Österreichischen Gemeindetag in Dornbirn



Burgenländische Vertreter mit weiteren Gästen beim GVV Österreich Empfang im Rahmen des Gemeindetages in Dornbirn

Fotos: Lohnbüro Schuller



GVV Österreich Klausur in Bad Aussee: Die Fraktion der SPÖ im Österreichischen Gemeindebund und der GVV Österreich hielten Mitte Juli in Bad Aussee eine Klausur ab. Der Ort wurde gewählt, weil in diesen Tagen auch die Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee stattfanden. Geleitet wurde die Klausur von der GVV Österreich Vorsitzenden und Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz. Der GVV Burgenland war mit Präsident Erich Trummer, den Vizepräsidentinnen Inge Posch-Gruska und Renate Habetler sowie durch GVV LGF Mag. Herbert Marhold vertreten. Mit dabei auch von der Bundespartei Günter Pirker und der Neudörfler Gemeinderat Martin Giefing. Die Themen der Klausur waren die bessere Zusammenarbeit zwischen der SPÖ Fraktion im Gemeindebund mit dem GVV Österreich, die Erarbeitung einer Kommunalstrategie, die Vorbereitungen für den Bundesparteitag sowie weitere kommunale Themenfelder wie Pflege, Migration und die finanzielle Situation der Gemeinden.

Lehrgang für Ortschefs ein voller Erfolg

Im Februar 2018 startete erstmals der vom Land Burgenland und der Akademie Burgenland konzipierte „BürgermeisterInnenlehrgang“ – und das mit vollem Erfolg, wie jetzt von der zuständigen Gemeindefereferentin Landesrätin Astrid Eisenkopf und von der Geschäftsführerin der Akademie Burgenland Bettina Frank bekannt gegeben wird. 44 Gemeinden haben bis dato an den mittlerweile 11 von 14 stattgefunden Modulen, sei es am gesamten Lehrgang oder an einzelnen ausgewählten Modulen, teilgenommen.



LRin Mag. Astrid Eisenkopf mit der Akademie Burgenland Geschäftsführerin Bettina Frank



**energie
BURGENLAND**

Premiumkunden verdienen
einen doppelten Bonus.
Ein doppelter Bonus
verdient Premiumkunden.

*Wir sind
Energie-
Gewinner.*

**Reine Energie
mit mehr Wert.**

Als Premiumkunde profitieren Sie doppelt von der Bonuswelt der Energie Burgenland. Denn hier sind Ihre Bonuspunkte 10 Cent wert und können beim Kauf energieeffizienter Geräte verwendet werden. Zusätzlich sparen Sie bis zu 1.005 Euro mit den Bonusleistungen in den Bereichen Heizung, Klimaanlage, Photovoltaik, Service und 24h Strom-Pannendienst. www.energieburgenland.at



SPÖ-Landesgeschäftsführer Mag. Christian Dax war für die gelungene Organisation und den reibungslosen Ablauf des Landesparteitages verantwortlich



LAbg.a.D. Josef Loss mit Bgm.a.D. Michael Häupl, im Hintergrund Bruno Wögerer



Bgm. Ing. Gerhard Zapfl im Gespräch mit Bürgermeister Heinz Heidenreich



GVV Burgenland Vizepräsidentin Bgm. Renate Habetler begrüßte LRin Verena Dunst

Führungswechsel bei SPÖ Burgenland: Hans Peter Doskozil übernimmt Vorsitz

Anfang September wurde Finanzlandesrat Mag. Hans Peter Doskozil mit 98,4% der Delegiertenstimmen zum neuen Landesparteivorsitzenden der SPÖ Burgenland gewählt.

Mehr als 2.000 Delegierte und Gastdelegierte kamen am 8. September 2018 in die Inform-Halle nach Oberwart, um beim Abschied von LH Hans Niessl als Parteivorsitzenden der SPÖ Burgenland dabei zu sein und auch, um Landesrat Hans Peter Doskozil in diese Funktion zu wählen. Nach 18 Jahren an der Spitze der SPÖ Burgenland hat Landeshauptmann Hans Niessl am Landesparteitag in Oberwart den Landespartei-vorsitz somit an Landesrat Hans Peter Doskozil übergeben. Fast genau vor 18 Jahren übernahm der damalige Klubobmann Hans Niessl die SPÖ Burgenland von LH Karl Stix. Der 48jährige Südburgenländer Hans-Peter Doskozil wurde diesmal von den 320 Delegierten mit 98,4 Prozent zu Niessls Nachfolger an der Parteispitze gewählt. Für die SPÖ Burgenland war dieser Parteitag ein Megaevent, da noch nie so viele Personen bei einem Landesparteitag der SPÖ Burgenland dabei waren. Neben Bundesparteivorsitzendem Christian Kern, Nationalratspräsidentin Doris Bures, Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, Wiens Bür-

germeister Michael Ludwig sowie Altbürgermeister Michael Häupl waren zahlreiche Weggefährten Niessl gekommen, um ihn gebührend zu verabschieden. In seiner Rede verkündete Landeshauptmann Hans Niessl, dass er am 28. Februar 2019 die Funktion des Landeshauptmannes abgeben wird. Es wird bei einem Sonderlandtag daher zu einer Nachwahl kommen. Doskozil soll Niessl dabei als LH nachfolgen.

Der neue Landesparteivorsitzende Doskozil sagte in seinem Statement, er wolle das Burgenland noch weiter nach oben führen. Der dementsprechende Leitantrag „Gemeinsam fürs Burgenland“ wurde von den Delegierten einstimmig beschlossen. Dieser sieht vor, das Burgenland zu dem Vorzeige-Pflegeland Österreichs zu machen, den Mindestlohn auf 1.700 Euro anzuheben, die Kinderbetreuung, die Lehrlingsförderung und das Pendlerpaket auszubauen, weiterhin konsequent für Sicherheit zu sorgen, Freiwillige und Vereine weiterhin tatkräftig zu unterstützen und schlussendlich den Zusammenhalt aller Bezirke und Regionen im Burgenland zu fördern. Mit der Landeshymne und der Burgenlandfahne im Hintergrund ging der Landesparteitag der SPÖ Burgenland imposant zu Ende!



Der neue Landesparteivorsitzende der SPÖ Burgenland Hans Peter Doskozil bedankte sich bei den Delegierten für den großen Vertrauensvorschuss



Burgenlands SPÖ-Führungsteam mit SPÖ-Bundesparteiobmann Christian Kern



Bundesrats-Präsidentin Inge Posch-Gruska verfolgte aufmerksam den Landesparteitag in der Oberwarther Inform-Halle



Neo-Landesparteichef Hans Peter Doskozil überreichte LH Hans Niessl Karten für das Champions League Finale 2019



Zagersdorfs Bürgermeister Helmut Zakall (l.) bestens gelaunt im Gespräch



Städtebund Burgenland Vorsitzende KO Ingrid Salalom ist über die Wahl Doskozils zum Landesparteivorsitzenden erfreut



Als Ehrengäste konnten auch Nationalratspräsidentin Doris Bures und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig begrüßt werden



Burgenlands Grande Dame der Europapolitik Christa Prets mit Kärntnes Landeshauptmann Peter Kaiser

Grafenschachen: Hoppel neuer Ortschef

GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold und GVV Präsident Erich Trummer gratulierten dem neu gewählten Bürgermeister von Grafenschachen, Bezirk Oberwart, Marc Hoppel, zu seinem tollen Wahlerfolg. Auch der neue Landesparteivorsitzende, LR Mag. Hans Peter Doskozil, war natürlich beim Wahlerfolg in seiner Heimatgemeinde mit dabei und gratulierte. Der 32-jährige SPÖ Kandidat Marc Hoppel wurde mit überwältigenden 89,87 Prozent zum neuen Ortschef gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 86,46 Prozent. Die Neuwahl des Bürgermeisters war notwendig geworden, weil im Mai der amtierende SPÖ-Bürgermeister Richard Loidl überraschend an einem Herzinfarkt verstorben war. Zwei Monate vorher, im März, war ebenfalls, völlig unerwartet, SPÖ-Vizebürgermeister Ernst Michalek aus dem Leben geschieden. Trummer dazu: „Es freut mich sehr, dass mit Marc Hoppel ein junger und engagierter Sozialdemokrat die Amtsgeschäfte in Grafenschachen übernimmt. Der erfolgreiche Weg von Richard Loidl und der SPÖ Grafenschachen kann somit fortgesetzt und ausgebaut werden.“ GVV LGF Marhold freut sich auf eine gute Zusammenarbeit des GVV mit der neuen Gemeindeführung.



LR Mag. Hans Peter Doskozil und GVV LGF Mag. Herbert Marhold mit Bgm. Marc Hoppel

Bürgermeisterstichwahl in Deutschkreutz

Bei der Wiederholung der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl in Deutschkreutz hat der amtierende Bgm. Manfred Kölly (LBL) massiv an Stimmen verloren. Daher kam es am 7. Oktober zu einer Bürgermeisterstichwahl zwischen Kölly und dem ÖVP-Kandidaten Andreas Kacsits. Das Ergebnis stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Bei der GR-Wahl kam die LBL auf 9 Mandate (-1), die ÖVP erreichte 8 Mandate (+1), die SPÖ hält weiter bei 6 Mandaten.



Jahreshauptversammlung der Amtmänner und -frauen im Weingut Scheibelhofer in Andau. V.l.: Peter Pohl, Vorsitzender des Fachverbandes der Amtmänner und -frauen des Burgenlandes, Städtebund-Vorsitzende LAbg. Bgm.in Ingrid Salamon, LT-Präs. Christian Illredits, Erich Trummer, Präsident des Bgld. Gemeindevertreterverbandes, Leo Radakovits, Präsident des Bgld. Gemeindebundes

Amtmänner/-frauen tagten in Andau: Gemeindemanagement im Wandel

Seit 70 Jahren besteht der Verband der burgenländischen Amtmänner und -frauen. Am Donnerstag wurde das Jubiläum im Rahmen eines Festakts in Andau gefeiert. Dabei wurde besprochen, inwiefern sich die Heraus- und Anforderungen in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben.

Amtmänner und -frauen arbeiten als moderne Verwaltungsmanager und müssen in ihrem Aufgabenfeld ein breites Spektrum abdecken. „Wir sind heutzutage die Ratgeber der Kommunalpolitik, weil die Politiker das ja nicht hauptberuflich machen und auf uns angewiesen sind, damit sie keine rechtlichen Fehler machen“, sagt Landesverbandsobmann Peter Pohl. Der Landesverband hat 255 Mitglieder, davon sind 193 aktiv, der Rest ist im Ruhestand. Von den 193 aktiven Mitgliedern sind 69 Amtfrauen.

Man lege großen Wert auf Weiterbildung, betont Pohl. Denn nur gut ausgebildete Amtmänner und -frauen können dem Bürgermeister und den Bürgern fachlichen Rat geben. Es komme deshalb vor, dass solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Privatwirtschaft abgeworben werden. Früher waren Amtfrauen und Amtmänner Beamte. Sie hatten ein niedriges Einstiegs-

gehalt und verdienten mit den Jahren sehr gut. Heute sei das anders, meint Pohl. Das Einstiegsgehalt sei jetzt höher und Amtsleiter seien seit 2015 keine Beamte mehr, sondern Vertragsbedienstete.

Herausforderungen steigen stetig

Für den Präsidenten des Gemeindebundes Leo Radakovits werden die Herausforderungen an die Amtsleiter immer größer. Gerade durch die fortschreitende Digitalisierung sei der persönliche Kontakt mit den Bürgern wichtig. Einerseits zur Erläuterung der sich rasant ändernden Bestimmungen und andererseits, um den Bürgern das Gefühl zu geben, in der Verwaltung nicht verloren zu sein, so Radakovits.

Amtsleiter seien heute Geschäftsführer eines wichtigen Wirtschaftsbereiches. Außerdem sei die Kommunikation mit den Menschen sehr wichtig, sagt der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Erich Trummer.

Im Herbst 2018 startet „GMOA and more“ - DIE Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland in ihre 5. Auflage. Knapp 20 Personen sind für den Kurs gemeldet (mehr dazu auf Seite 16).



GVV Kulturreise 2019

BURGUND - Frankreich

Mittwoch, 19.06.2019, bis Sonntag, 23.06.2019, 5 Tage

Teilnehmerzahl: min. 30 Personen



Lyon – Dijon – Beaune – Vézelay – Fontenay – Beaujolais

Inkludierte Leistungen:

- ✓ Busfahrt zum Flughafen Wien Schwechat und zurück
- ✓ Linienflüge Wien – Lyon – Wien mit Austrian Airlines, Economy Class
- ✓ Flughafentaxen und Sicherheitsgebühren (Stand: August 2018)
- ✓ 23 Kg Freigeäck und Bordservice
- ✓ Busfahrt im modernen Komfortbus mit Klimaanlage
- ✓ Alle Autobahn- und Mautgebühren, Genehmigungen und Parkplatzgebühren
- ✓ 1 Mal Nächtigung und Frühstücksbuffet im Hotel Ibis Lyon Gerland Musée des Confluences
- ✓ 3 Mal Nächtigung und Frühstücksbuffet im Hôtel Mercure Dijon Centre Clémenceau
- ✓ Unterbringung auf Basis Zimmer mit Bad oder Dusche/WC, Tel/TV inkl. Steuern
- ✓ Lizenzierte, örtliche deutschsprechende Reiseleitung 2. bis 5. Tag laut Programm
- ✓ Schifffahrt in Lyon auf der Saône
- ✓ Eintrittsgebühren: Hôtel Dieu in Beaune, Cassissium mit Degustation und Filmvorführung, Abtei von Fontenay in Montbard, Basilika von Vézelay
- ✓ Weinmuseum Hameau Duboeuf in Romanèche-Thorins (inkl. Garten, Bahnfahrt und Weinprobe)
- ✓ Insolvenzschutz

Flugzeiten mit AUSTRIAN AIRLINES

Mittwoch, 19.06.2019 OS407 Abflug ab Wien 17.25h – 19.10h an Lyon
Sonntag, 23.06.2019 OS408 Abflug ab Lyon 19.55h – 21.40h an Wien

Preis:

Pauschalpreis pro Person im Doppelzimmer

€ 1.150,-

Einzelzimmerzuschlag (für alle 5 Tage)

€ 255,-

Optional: Komplettschutzversicherung inkl. Storno: € 64,- pro Person

Anmeldeschluss: 30.11.2018

Anmeldungen bitte unter:

elisabeth.wenzl@gvvgld.at oder tel. 02682/755-DW 255

100 Tage Datenschutzgrundverordnung

Der zertifizierten Datenschutzbeauftragten und GVV Rechtsanwalt Mag. Peter Rezar im Gespräch mit der "Neuen Gemeinde".

Die Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) ist nicht erst seit ihrer Geltung, also ab dem 25.05.2018, in aller Munde. Das Regelungswerk der Europäischen Union, mit welchem die Datenschutznormen europaweit vereinheitlicht und in das Zeitalter der Digitalisierung gehoben werden sollen, verunsichert nicht nur Datenriesen wie facebook, google und Co. Der GVV Burgenland hat sich lange vor dem 25.05.2018 bereits Gedanken über die Folgen für die burgenländischen Gemeinden und deren Tätigkeit im Zusammenhang mit der DSGVO gemacht. Insbesondere die Bekanntmachung von Jubiläen, Geburts- und Hochzeitstagen bereitet vielen Gemeinden Kopfzerbrechen – dabei muss es das gar nicht. Auch burgenländische Gemeinden sind von der DSGVO, wie Unternehmen, öffentliche Stellen, Vereine oder sonstige Einrichtungen, betroffen. Die DSGVO saniert die (faktisch unwirksam und vielfach unbekannt gebliebene) Datenschutzrichtlinie 95/46/EG aus 1996 und soll den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen sicherstellen. Es geht dabei nicht nur um freien Meinungs- und Informationsaustausch sowie die Achtung des Privat- und Familienlebens, sondern auch um freie Kommunikation, Gedankenfreiheit und das Recht des einzelnen an den ihn betreffenden Daten. Die DSGVO regelt also in der gesamten Europäischen Union (und auch darüber hinaus), dass die Verarbeitung von Daten (wozu im Kern jeder Vorgang der Bearbeitung, Speicherung, Weitergabe, etc. gehört) nur zulässig ist, wenn die Datenverarbeitung gewissen Voraussetzungen unterliegt.

Neue Gemeinde: Herr Mag. Rezar, ist es aufgrund der DSGVO möglich, personenbezogene Daten wie Vor-, Familienname, Geburtsdatum und Alter in Form einer quartalsmäßigen Übersichtstabelle in Gemeindepapieren zu veröffentlichen?

Mag. Peter Rezar: Das Burgenländische Ehrungsgesetz 2009 regelt, dass Personen zu Hochzeits- und Geburtstagsjubiläen sowie für besondere soziale Handlungen geehrt werden dürfen. Gemeinden handeln dabei im eigenen Wirkungsbereich und sind

berechtigt, die für die jeweiligen Ehrungen notwendigen Daten zu erheben. Ebenso sind die Gemeinden berechtigt, Ehrungen selbst zu verlautbaren oder für eine Verlautbarung durch andere zu sorgen, sofern die zu ehrenden Personen nicht ausdrücklich dagegen widersprechen. Daraus folgt, dass die notwendige Grundlage (im konkreten Fall in Form des Burgenländischen Ehrungsgesetzes 2009) vorhanden ist, auf welcher die Verarbeitung im Sinne einer Verlautbarung durch die Gemeinde selbst oder durch Medien als rechtmäßig angesehen werden kann. Zusammenfassend ist deshalb festzuhalten, dass die Veröffentlichung dieser Daten zu oben bezeichneten Zwecken aus jetziger Sicht als zulässig im Lichte der geltenden Rechtslage anzusehen ist.

Können personenbezogene Daten ebenfalls betreffend Geburt, Sterbefälle und Hochzeitsjubiläen veröffentlicht werden?

Rezar: Ja, in diesem Fall gilt, was ich bei der ersten Fragestellung gesagt habe. Es kann zusätzlich zum Burgenländischen Ehrungsgesetz auch das höherwertige Interesse der Gemeinde am Zusammenleben mit den Bürgern gegenüber den Partikularinteressen der Einzelnen herangezogen werden. Sollte eine Person jedoch aktiv mitteilen, nicht aufscheinen zu wollen, ist dieser Wille zu respektieren und die Daten dieser konkreten Person nicht zu veröffentlichen.

In welcher Art und Weise können/müssen personenbezogene Daten, die Gemeinderatsbeschlüsse betreffen, z.B. bei Grundstückskäufen in Informationsschreiben der Gemeinde veröffentlicht werden?

Rezar: Gemeinderatssitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Aus Gründen der öffentlichen Ordnung kann auf Antrag des Vorsitzenden oder dreier Mitglieder des Gemeinderates die Ausschließung der Öffentlichkeit beschlossen werden, nicht jedoch für Sitzungen, in denen der Gemeindevoranschlag oder der Rechnungsabschluss behandelt wird. Gegenstände, die die Erlassung von Bescheiden oder individuelle Personal- und Abgabenangelegenheiten zum Inhalt haben, dürfen nur in einer nicht öffentlichen Sitzung behandelt werden. Solange also keine Bescheide oder individuellen Personal- und Abgabenangelegenheiten behandelt werden, kann die Sitzung daher nur bei Gefahr für die öffentliche Ordnung unter Ausschluss der



Datenschutz-
Experte Mag.
Peter Rezar
Foto: GVV
Burgenland

Öffentlichkeit erfolgen. Personenbezogene Daten, die dabei behandelt werden, sind – wie der Inhalt der Sitzung – als von öffentlichem Interesse anzusehen und daher nicht besonders zu behandeln. Der Bericht oder die Veröffentlichung in Informationsschreiben muss jedoch von einem höheren Interesse getragen werden und wäre daher nur im Einzelfall zulässig.“

Können Protokolle von Gemeindevorstandssitzungen bzw. deren Inhalte z.B. bei Personalaufnahmen, Beschlüssen zum Ankauf von Wirtschaftsgütern mit Nennung der Firma und entsprechendem Kaufpreis veröffentlicht werden?“

Rezar: Personalaufnahmen sind als individuelle Personalangelegenheiten anzusehen (wenn bspw. die Anstellung einer neuen Amtfrau erfolgt) und daher in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Dieser Teil des Protokolls darf daher auch nicht veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung von Daten betreffend Ankauf von Wirtschaftsgütern bzw. Kaufpreis ist demgegenüber problemlos möglich; dies deshalb, da die DSGVO nicht auf unternehmerische Daten anwendbar ist und nur für personenbezogene Daten Privater gilt.

In welcher Art und Weise können Gemeinderatsprotokolle auf die Gemeindehomepage gestellt werden?

Rezar: Gemeinderatsprotokolle können grundsätzlich veröffentlicht werden, das ergibt sich auch aus der Burgenländischen Gemeindeordnung. Dies kann auch auf der Homepage der Gemeinde passieren. Gegenstände, die die Erlassung von Bescheiden oder individuelle Personal- und Abgabenangelegenheiten zum Inhalt haben, dürfen jedoch nicht veröffentlicht werden und müssten geschwärzt oder ausgelassen werden. Ein Verstoß gegen die Veröffentlichung kann einen Amtsmissbrauch oder eine sog. Verletzung des Amtsgeheimnisses bedeuten. Dies sind gerichtliche Straftaten und würden dann von der Staatsanwaltschaft verfolgt.“

Für unsere Gemeinden - Für unsere EinwohnerInnen - Für unsere UnternehmerInnen - Für unsere Arbeitsplätze - Für unsere Region

Das Ziel des Fair Partner Project ist es, der Bevölkerung neue Angebote und Anreize zu bieten und durch innovative Verfahren die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe unserer Region zu verbessern. Damit wollen wir einen wertvollen Beitrag zur Modernisierung von Verfahren unserer Betriebe leisten, um ihnen letztlich bessere Absatzchancen zu ermöglichen und die Kaufkraft der Region zu stärken. Die laufende Grund der hohen Komplexität und für viele Betriebe in der Region eine Im Rahmen des „Pannonischen verdeutlichten Marketing- und Es freut uns daher, Ihnen hier ein Bürgern der Region Leithaauen-Es wurden dabei, für die oben ge- wickelt und getestet, die aktuell



Digitalisierung stellt jedoch, auf kostenintensiven Entwicklungen, sehr große Herausforderung dar. Handelstags 2018" der WK Bgld Vertriebsexperten diesen Umstand. Projekt, initiiert und entwickelt von Neusiedler See, vorstellen zu dürfen. nannten, Themen Lösungen ent- präsentier - und einsetzbar sind.

Der Profit für die Gemeinden:

- + Absolvierte Testphase des Systems, Verfügbarkeit über 99,95%.
- + Ein zentrales System für alle Gemeinden, mit österreichischer Support-Organisation.
- + Möglichkeit zur Nutzung für eigenes Marketing, digital vernetzte ökosoziale Dorfgemeinschaft.
- + Tourismus und Betriebe profitieren von überregionalen Anreizen
- + Regional, national und international skalierbar (horizontale Kooperationsfähigkeit)

Als Bürgermeisterin oder Bürgermeister, haben Sie ab sofort die Möglichkeit, den Betrieben in Ihrer Region eine zentrale Strategie in Form der FPP - Marke zu bieten, wie sie sonst nur Großunternehmen vorbehalten sind. In nur wenigen Schritten ist das System für Ihre Region einsatzbereit.

Der Gewinn für die privaten Nutzer:

- + 100% Anonym, unter Einhaltung der DSGVO 2018.
- + Hohe Anreize, die zentral angeboten werden, gewerbe- und unternehmensübergreifend nutzbar.
- + Teilnahme an Gewinnspielen. mit vergleichbar hohen Gewinnchancen.
- + Angebote für Veranstaltungen, Events sowie Freizeitangebote.
- + Individualangebote aus der Region, tagesaktuell via App abrufbar (Rollout plan Ende 2019)

Die Vorteile für die Betriebe:

- + Marketing-Möglichkeiten auf Basis modernster Technologien (NFC und IoT/M2M).
- + Professionelle Kundenkarten mit erweiterter Funktionalität.
- + Entwickelt für den stationären und mobilen Einsatz, für alle Branchen und Sparten.
- + Integrative Plattform für betriebsseigene Marketing-Aktionen.
- + Geringe Einstiegs-Kosten bei voller Funktionalität der Systeme.
- + Zentrale Unterstützung von Marketing-Experten. (Rolloutplan Ende 2018)
- + Erleichterter Zugang zu Webshop- Systemen. (Rolloutplan Ende 2018)

Bedeutend ist das Projekt für die gesamte Region: zum einen sichern wir unseren Beitrag zur Modernisierung der Kommunikationswege zu unseren Bürgern, zum anderen fördern wir die Absatzchancen für heimischen Betriebe der Region. Weiterführende Informationen zum *Fair Partner Project* entnehmen Sie bitte der Website: www.fairpartnerproject.com



„Volksengerl on Tour“, eine kostenlose Initiative der Volkshilfe Burgenland für hilfsbedürftige Menschen

Die wöchentliche Einkaufsfahrt, der regelmäßige Besuch beim Lieblingsfriseur, der Besuch einer kulturellen Veranstaltung im Bezirk oder die Teilnahme an der wöchentlichen Kartenrunde. Wenn die individuelle Mobilität nicht gewährleistet werden kann, droht bei älteren Menschen oftmals soziale Isolation. Das Projekt „Volksengerl on Tour“, bei dem es sich um einen ehrenamtlichen Fahrdienst von freiwilligen HelferInnen für hilfsbedürftige Menschen handelt, bietet seit Juli 2018 eine Alternative zu dieser fehlenden Mobilität. Das neuartige Projekt ist eine Initiative der Volkshilfe Burgenland.

Ziel des Projektes „Volksengerl on Tour“ ist es, benachteiligte Personen, die in Mobilitätsfragen besondere Bedürfnisse haben, sinnvoll und effektiv zu unterstützen und die Infrastruktur für Menschen zu stellen, die ansonsten keine Möglichkeit haben, sich im Burgenland uneingeschränkt zu bewegen. Dazu wurde eine benutzerfreundliche und einfach zu bedienende Onlineplattform (www.volksengerl.at) implementiert, auf der sich ehrenamtliche HelferInnen mit Hilfesuchenden vernetzen können.

Wie funktioniert „Volksengerl on Tour“?

Betroffene registrieren sich auf unserer Online-Plattform als Nutzer und erhalten nach erfolgter Registrierung eine Bestätigungsmail. Uns ist bewusst, dass viele ältere Menschen ev. über keinen Mailaccount verfügen, aber anders war das Konzept nicht realisierbar. Daher wäre es bei der Registrierung in den Fällen notwendig, dass ev. ein Angehöriger hier unterstützt. Nachdem der Nutzer den Mitgliedsbeitrag (im laufenden Jahr 2018 zu einem Einführungsbeitrag von 20 EUR) am Volksengerl-Konto einbezahlt hat, wird automatisch der Mitgliedsausweis zugesandt. Ab dann können auch schon die ersten Fahrten im Kalender auf der Online-Plattform eingetragen werden. Einfach, schnell und unkompliziert.

Wer fährt mit den Fahrzeugen?

Neben den betroffenen Personen, die das Fahrzeug als Mitfahrgelegenheit nutzen wollen, gibt es auch ehrenamtliche Mitar-



Ein Fahrzeug ist in Siegendorf, ein weiteres Fahrzeug in Stegersbach stationiert.

Foto: Volkshilfe Burgenland

beiterInnen, die ihre Zeit für diesen Dienst zur Verfügung stellen. Die Ehrenamtlichen registrieren sich ebenfalls auf unserer Online-Plattform und sind nach Erhalt des Mitgliedsausweises und nach Erstkontrolle der Führerscheindaten bei der Schlüsselabgabe berechtigt, ehrenamtliche Fahrten durchzuführen.

Wie kommen Nutzer und Ehrenamtliche zusammen?

Auch das passiert über unsere Online-Plattform. Vereinfacht gesagt, loggt sich der Nutzer ein und trägt am Kalender eine Fahrt ein. Nach Bestätigung dieser Fahrt erhalten alle relevanten und im System registrierten Ehrenamtlichen eine kurze SMS-Verständigung, dass ein Nutzer einen Fahrdienst benötigt. Der Ehrenamtliche loggt sich bei Interesse ein, wenn die Fahrt für ihn passt, bestätigt er die Fahrt und mittels SMS werden die wesentlichen Daten für die weitere Kontaktaufnahme ausgetauscht.

Was sind das für Fahrzeuge und wo stehen die beiden Fahrzeuge?

Im Zuge des Projektes wurden zwei Großraumfahrzeuge angeschafft, die vollständig für die Beförderung von 8 Personen oder vier Rollstuhlfahrer ausgerichtet sind. Die Autos sind mit einer Rampe für Rollstühle ausgestattet und sind durch den modularen Aufbau sehr vielseitig einsetzbar. Derzeit ist

ein Fahrzeug in Siegendorf stationiert, das zweite Fahrzeug für das Südburgenland befindet sich in Stegersbach.

Was kostet dieses Service?

Für ehrenamtliche FahrerInnen ist das Service natürlich kostenlos, da diese ja ohnedies bereits das Wichtigste, ihre Zeit, zur Verfügung stellen. Der/die MitfahrerInnen zahlen jährlich einen kleinen Mitgliedsbeitrag, der dazu berechtigt, das Service in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus fallen keine weiteren Kosten für den/die MitfahrerIn an. Spenden für das Projekt sind natürlich herzlich willkommen und ermöglichen es uns, schrittweise das Angebot auszuweiten.

„Es freut mich besonders, dass wir im Jahr des Ehrenamtes ein derartiges ehrenamtliches Mobilitätsservice den BurgenländerInnen zur Verfügung stellen können. Fehlende Mobilität ist vielfach mit ein Grund, warum hilfsbedürftige Menschen den Anschluss an das soziale Leben verlieren. Hier kann der Verein Volksengerl und die Volkshilfe Burgenland unterstützen und dieser drohenden sozialen Isolation entgegenwirken. Sehr stolz bin ich auch auf die Gemeinden Siegendorf und Stegersbach, die ebenfalls sofort von der Idee begeistert waren und das Projekt tatkräftig unterstützen.“, zeigt sich Volkshilfe Präsidentin LRin Verena Dunst stolz.

**REGISTRIERUNG**

Hier musst du dich entscheiden ob du FahrerIn oder MitfahrerIn bist. In diesem Schritt brauchen wir u.a. deine Telefonnummer für SMS-Zusendung, denn wir möchten nicht, dass du deine Fahrt versäumst.

Vorab als Information: Wir brauchen, je nach dem ob du FahrerIn oder MitfahrerIn bist, diverse Einverständniserklärungen, damit du das Portal problemlos nutzen kannst.

Nach der abgeschlossenen Registrierung erhältst du alle Informationen nochmals per Mail und bekommst deine Mitgliedskarte zugesandt.

**ANMELDUNG**

Wenn du dich erfolgreich angemeldet hast, kannst du gleich in unserem Kalender eine Fahrtmöglichkeit anbieten oder eine Wunschfahrt eingeben.

**FAHRT ANBIETEN ODER SUCHEN**

Je nachdem, ob du FahrerIn oder MitfahrerIn bist, kannst du nun deinen Wunsch oder deine Fahrtmöglichkeit im Volksengerl-Kalender eintragen.

**FAHRTBESTÄTIGUNG**

Wenn dich jemand fahren will oder wenn du jemanden fahren willst, kannst du das im Kalender bestätigen. Danach erhält jeder von euch eine SMS mit den jeweiligen Kontaktdaten zum weiteren Austausch zur Fahrt.



Vernetzungstreffen der Jugendgemeinderätinnen: Ende August trafen sich in Siegendorf im Nordburgenland, initiiert von der SJ Burgenland gemeinsam mit dem GVV Burgenland und der SPÖ Burgenland, junge Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zum ersten von mehreren landesweiten Vernetzungstreffen. Unter dem Motto „#MACHesMÖGLICH #reunited“ begleitet die SJ Burgenland die KandidatInnen der letzten Gemeinderatswahlen auch weiterhin. Zahlreiche junge GemeinderätInnen aus dem Bezirk Eisenstadt trafen sich daher in Siegendorf, um dort neue Projekte für ihre Gemeinde zu planen und um sich auszutauschen. Angeboten wurden die Themenblöcke „Veranstaltungen“ & „Projektideen in deiner Gemeinde“. Auch Siegendorfs Bürgermeister Mag. Rainer Porics, GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold und Jugendlandesarätin Mag. Astrid Eisenkopf waren dabei.

V.l.: Andreas Frank, Rainer Porics, Pascal Paar, Jasmin Sommer, Rafael Kain, Philipp Kaiser, Norbert Schelakovsky, Ivan Grujic, Georg Pisarevic, Tim Ptacek, LRin Astrid Eisenkopf, Jakob Rennhofer, Lejla Visnjic, Simon Luckinger und Natascha Gertlbauer Foto: Christian Feigl

Neue Richtlinien bei Bedarfszuweisungen

Die burgenländische Landesregierung hat aufgrund der Vorgaben im Finanzausgleichsgesetz 2017 neue Richtlinien für die Gemeinde-Bedarfszuweisungen erlassen. Um die Kommunen bei Projekten auch in Zukunft bestmöglich zu unterstützen, erhalten die 171 Städte und Gemeinden des Burgenlandes insgesamt 14,5 Mio. Euro in der ersten Tranche 2018. Die Auszahlung der 2. Tranche erfolgt Ende des Jahres. Mindestens 20 % der Mitteln sollen zur Förderung bestehender und zusätzlicher interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich solcher in Form von Gemeindeverbänden, der Unterstützung strukturschwacher Gemeinden und der Förderung von Gemeindefusionen einschließlich solcher, die in den jeweils letzten zehn Jahren erfolgt sind, herangezogen werden. Die restlichen maximal 80% der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel sollen gemäß FAG 2017 in den landesinternen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden unter Bedachtnahme auf weitere landesrechtliche Finanzkraftregelungen und der Bedarfszuweisungen an Gemeinden fließen. Nähere Informationen im GVV-Infobrief vom 6.9.2018 auf www.gvbgld.at.

GVV Vizepräsidentin Bgm. Inge Posch-Gruska Präsidentin des Bundesrates

Inge Posch-Gruska ist seit 1. Juli 2018 die Präsidentin des Österreichischen Bundesrates. Sie widmet ihre Präsidentschaft dem Schwerpunkt Kinderrechte mit einem starken Fokus auf die Mitbestimmung von Kindern in Österreich auf kommunaler Ebene.

Schon früh engagierte sie sich bei den Österreichischen Kinderfreunden, einer Interessenvertretung für Kinder und Familien in Österreich, deren Landesvorsitzende sie im Burgenland wurde.

Von 2005 bis 2010 war Inge Posch-Gruska Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag. Seit 2007 ist die Präsidentin des Bundesrates Bürgermeisterin ihrer Gemeinde Hirm, in der sie zuvor sieben Jahre lang Vizebürgermeisterin und davor Gemeinderätin war. Vom Burgenländischen Landtag wurde Posch-Gruska 2010 in den Österreichischen Bundesrat entsandt, in dem sie Vorsitzende des Kinderrechteausschusses ist und im 2. Halbjahr 2014 bereits das Amt der Vizepräsidentin innehatte. Seit 2013 ist Posch-Gruska auch Vizepräsidentin des

GVV Burgenland.

Zum Herzstück ihrer Bundesratspräsidentschaft zählt ein Projekt in Kooperation mit der Demokratiewerkstatt des Österreichischen Parlaments zur Erfassung aller Kindermitbestimmungsmethoden der Gemeinden in Österreich. Daraus soll eine Publikation mit Best-Practice Beispielen und einem Mitbestimmungs-Atlas entstehen, die die Präsidentin allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zur Verfügung stellen wird.



Bei der Amtsübergabe in Wien gratulierte auch eine Delegation des Burgenlandes. Mit dabei auch GVV Präsident Erich Trummer.

Kommission will Neugestaltung des Gemeindepartnerschaftsprogramms

Im Zuge der Vorbereitungen des nächsten EU-Finanzrahmens (2021-2027) legte die EU-Kommission einen Vorschlag zur Neugestaltung des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger vor, zu dem bekanntlich auch die Förderung von Gemeindepartnerschaften und -netzwerken gehört.

Im neuen Programm „[Rechte und Werte](#)“ sollen vier bisherige Programme zusammenfasst werden, um durch die erzielten Synergieeffekte Kürzungen möglichst gering zu halten. Das aktuelle Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ aus dem u.a. Gemeindepartnerschaften und Netzwerke von Gemeinden gefördert werden, soll davon prinzipiell profitieren. Zuweisung für den entsprechenden Nachfolger sollen im Vergleich zum status quo sogar erhöht werden. Außerdem basiert das neue Programm auf einer anderen Rechtsgrundlage, womit nicht mehr Einstimmigkeit im Rat

erforderlich ist und das EU-Parlament Mitentscheidungsrecht erhält.

Schwer absehbar ist allerdings noch, welchen Anteil die auf Gemeinden zugeschnittenen Bestandteile letztlich einnehmen werden. Da der Bereich Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung auch Europäische Bürgerinitiativen umfasst, besteht die Möglichkeit, dass hier viele Förderungen abfließen, wenn es keine klaren Zuweisungen innerhalb des Programms gibt.

Der europäische Dachverband RGRE hat sehr konkrete Vorstellungen, wie der Kommissionsentwurf zugunsten der Gemeinden verbessert werden kann und betreibt aktives Lobbying.

Mehr Informationen: [http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=&reference=2018/0207\(COD\)](http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=&reference=2018/0207(COD))

Urheberrecht von Fotos im Internet: EuGH urteilt über Schulwebsite

Eine Schülerin verwendet ein im Internet gefundenes Foto zur Illustration eines Referats. Referat und Bild werden auf der Website der Schule veröffentlicht, ohne dass der Urheber des Fotos um Erlaubnis gefragt wurde. Der EuGH sieht darin eine Verletzung des Urheberrechts.

Ein deutsches Gericht legte diesen Fall dem EuGH zur Auslegung vor, nachdem der Fotograf des Bildes das Land Nordrhein-Westfalen auf Unterlassung und Schadenersatz geklagt hatte. Die Schülerin hatte das betreffende Foto von einem Internetportal heruntergeladen, wo es mit Zustimmung des Urhebers veröffentlicht worden war.

Der EuGH urteilte, dass die Zustimmung zur Veröffentlichung nicht das gesamte Internet, sondern nur jene Website betrifft, für die sie ausdrücklich erteilt wurde. Durch Herunterladen und Weiterverwenden wird urheberrechtlich geschütztes

Material einem neuen Personenkreis zugänglich gemacht, weshalb erneut die Zustimmung des Rechteinhabers, in diesem Fall also des Fotografen, eingeholt werden muss. Die Schule hätte also vor Veröffentlichung des Referats im Internet abklären müssen, ob das verwendete Bildmaterial rechtfrei ist bzw. die Veröffentlichung ansonsten unterlassen müssen.

Urteil betrifft Gemeinden als Schulerhalter

Dieses Urteil betrifft Gemeinden als Schulerhalter – auch in Österreich sind ähnliche Fälle bekannt – und als Betreiber von Websites und Social-Media Auftritten. Vor der Veröffentlichung von Bildern sollte deren urheberrechtliche Nutzungsberechtigung unbedingt geklärt sein, ansonsten könnte es durchaus teuer werden. Administratoren von Webseiten, die der Gemeinde zugeordnet werden können, sollten sich dieser Verantwortung bewusst sein.



Mehrjähriger Finanzrahmen: Vorschlag für neuen Asyl- und Migrationsfonds

Der Vorschlag für einen neuen Asyl- und Migrationsfonds streicht Förderungen für langfristige Integrationsmaßnahmen. Diese können über den Europäischen Sozialfonds Plus finanziert werden, stehen dann aber in Konkurrenz zu den übrigen Zielen des ESF.

Das Hauptaugenmerk des neuen Asyl- und Migrationsfonds (AMF) soll auf der Steuerung der Migrationsströme liegen, wozu die Stärkung des gemeinsamen europäischen Asylsystems, die Unterstützung legaler Migration sowie die Bekämpfung illegaler Migration, einschließlich Rückführungsmaßnahmen zählen.

Aus dem AMF förderfähige Integrationsmaßnahmen betreffen Drittstaatsangehörige zu Beginn ihres legalen Aufenthalts, die auf kommunaler Ebene bedeutsamen langfristigen Integrationsmaßnahmen sollen in Zukunft v.a. aus Mitteln der Kohäsionspolitik, insbesondere aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), unterstützt werden. D.h. jedoch auch, Integrationsmaßnahmen von Gemeinden, Regionen oder NGOs konkurrieren mit den anderen Zielsetzungen von EFRE und ESF+.

Für die Jahre 2021-2027 sollen dem AMF 10,4 Mrd. Euro zugewiesen werden, wovon 60% direkt den Mitgliedsstaaten zur Umsetzung ihrer nationalen Programme zur Verfügung stehen sollen.



GMOA and more – Start für die 5. Auflage der Gemeindefinarreihe: „GMOA and more“ - DIE Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland startet auch 2018 wieder im Herbst in ihre 5. Auflage. Knapp 20 junge Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben sich für den Kurs gemeldet. Ziel ist es, junge Menschen bei der Entwicklung von fachlicher, politischer und sozialer Kompetenz zu unterstützen. In sechs Modulen sollen den TeilnehmerInnen sowohl politisches Wissen, als auch das nötige „Handwerk“ für die Arbeit in den Gemeinderäten näher gebracht werden. Die ReferentInnen, allesamt ExpertInnen auf ihrem Gebiet, teilen an 6 Samstagen ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den TeilnehmerInnen. Auch der Austausch von Ideen und Erfahrungen untereinander soll bei GMOA and more nicht zu kurz kommen. Die 6 Module 2018 umfassen, „Geschichte der Sozialdemokratie“, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, „Wie funktioniert Wirtschaft?“, „Gemeindeordnung leicht gemacht!“ sowie Jugendarbeit in den Gemeinden.

Foto: GVV Burgenland



Bürgermeisterintreffen in St. Ulrich am Pillersee

Von 6. bis 8. August 2018 trafen sich rund 75 Bürgermeisterinnen aus Österreich, Deutschland, der Schweiz, Südtirol und Luxemburg in St. Ulrich am Pillersee (Tirol), um über die Strategien in den einzelnen Ländern zu sprechen und Lösungen zu fordern. Aus Deutschland sind elf Bürgermeisterinnen angereist, aus Südtirol vier, aus der Schweiz sieben und aus Luxemburg zwei. Die burgenländische SPÖ-Delegation wurde angeführt von GVV Vizepräsidentin Bgm. Renate Habetler. Mit dabei auch Bgm. Riki Reismüller, Bgm. Michi Raber, Bgm. Andrea Reichl und Bgm.a.D. Gabi Nabinger (im Bild).

Foto: Österreichischer Gemeindebund

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
 www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M